

Die beiden bürgerlichen Parteien, die 1945 in der SBZ entstanden, haben sich dem hegemonialen Streben der Kommunisten jahrelang zu widersetzen versucht. Umgekehrt sah *Wilhelm Pieck* sich noch im Herbst 1947 zu der beschwichtigenden Versicherung veranlaßt: *„Die gegen unsere Partei entfaltete Hetze über ihre angebliche Abhängigkeit von einer ausländischen Macht — gemeint ist die Sowjetunion — oder über den angeblichen Totalitätsanspruch unserer Partei ist nichts anderes als eine Verleumdung.“*

Die Herabwürdigung der bürgerlichen Parteien zu Satelliten-Parteien der SED setzte die Zerstörung ihrer politischen und geistigen Grundlagen voraus, doch zeugt es für ihre innere Kraft, wenn die Kommunisten trotz der unverhohlenen Unterstützung durch die sowjetische Besatzungsmacht dazu immerhin gut fünf Jahre brauchten. Der Weg, den die beiden nichtsozialistischen Parteien in der sowjetischen Zone von 1945 bis 1950 zurücklegten, kam so einem zähen Ringen um Selbstbehauptung gleich. In ihm vereinten sich der Widerstand gegen die Aushöhlung und Vergewaltigung aller demokratischen Rechte und Freiheiten, wie sie ursprünglich im „Potsdamer Abkommen“ vorgesehen waren, und der Kampf um die Wahrung der nationalen Einheit Deutschlands, insoweit der Widerstand sich gegen jene Umwälzungen im sozialökonomischen Gefüge der SBZ richtete, die zwangsläufig eine Vertiefung der deutschen Spaltung bewirken mußten.

Im Gegensatz zu den beiden Arbeiterparteien mit ihrer jahrzehntelangen Geschichte, ihren politischen Traditionen und organisatorischen Erfahrungen konnten die beiden bürgerlichen Parteien, die sich 1945 in Berlin und der Sowjetzone als Christlich-Demokratische Union und als Liberal-Demokratische Partei der Öffentlichkeit vorstellten, nicht einfach da wieder anknüpfen, wo 1933 die Fäden zerrissen worden waren. Wie christliche Politiker verschiedener Richtungen durch die Gründung einer „Union“ künftig die Gefahr konfessioneller Gegensätze untereinander vermeiden wollten, so konnte es für jene Liberalen, die sich in der LDP zusammenfanden, nicht ohne weiteres ein Zurück geben zu den liberalen Parteien der Weimarer Republik. Es galt, zeitgemäße demokratische Konzeptionen zu entwerfen. Das Grundmotiv aller Bemühungen der „Bürgerlichen“ aber war die Entschlossenheit, in der Sowjetischen Besatzungszone loyal am Aufbau einer parlamentarischen Demokratie mitzuwirken — und eben diese Haltung mußte sie bei den Sowjets verdächtig machen und frühzeitig in Gegensatz zu den deutschen Kommunisten bringen.

60 *Wilhelm Pieck* „Bericht des Parteivorstands“, in „Protokoll des II. Parteitages“, S. 67. ⁴⁴